

Sehr geehrter Vorstand der Vereinigung Südtiroler Freiberufler,

bedanke mich vorab für die Zusendung des Fragenkataloges, den ich hiermit beantworten möchte. Wie Sie vielleicht wissen, bin ich selber als Freiberuflerin tätig und kenne die schönen und schwierigen Seiten dieser Berufsgruppe sehr gut.

zu 1) Denke, dass der Bürokratieabbau einer der wichtigsten Themen der nächsten Legislaturperiode sein wird und das berufsübergreifend. Daher wird jede Ihrer Anregungen natürlich gern aufgegriffen werden. Die Umsetzung dieser Vorschläge wird dann nicht an einem Landtagsabgeordneten allein liegen, aber wir können diejenigen Ansprechpartner sein, die diese Vorschläge in die zuständigen Kommissionen und Gremien im Landtag und auf Parteiebene einbringen.

zu 2) Ich höre derzeit sehr oft im Gespräch auch mit anderen Berufskategorien von Verzögerungen bei der Zusammenarbeit mit öffentlichen Ämtern. Auch hier werde ich jeden Vorschlag der Vereinigung gern aufgreifen.

zu 3) Das kann ich nur unterstreichen. Die Landesgesetzgebung ist in dieser Hinsicht auf alle Fälle zu verbessern.

zu 4) Bin selber im Rahmen der Bezirksleitung Pustertal über die Schließung der Außenstelle Bruneck und der anderen Außenstellen informiert und einer der Anwälte, die dem Rekurs gegen die Verfügung von Dr. Roilo beigetreten ist. Ich habe bereits vor eineinhalb Jahren in den Partei- und Gemeindegremien auf diese Entwicklung hingewiesen, allerdings hat man sie damals noch nicht so wahrhaben wollen. Ich kann Ihnen versichern, dass ich zusammen mit allen anderen politischen Vertretern auf allen Ebenen und in Zusammenarbeit im der Vereinigung meinen Beitrag dazu leisten möchte, die Außenstellen -sofern überhaupt noch möglich- zu retten. Derzeit gilt es auf politischer Ebene zu intervenieren und zu überprüfen, inwieweit eine Übernahme der Kosten für die Außenstellen z.B. durch die Region noch etwas bewirken kann.

zu 5) Kann ich nur befürworten.

zu 6) Auch da kenne ich die Problematik sehr gut. Aus Sicht der Verwaltung wird es auch -im Sinne der Effizienz und Kosteneingrenzung- notwendig sein die eignen personellen Ressourcen intern zu nutzen. Allerdings darf dadurch der typische Entfaltungsbereich der freien Berufe nicht zu massiv eingeschränkt werden. Ein Miteinander gilt auch hier.

zu 7) Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass alle von politischen Entscheidungen Betroffenen zu informieren und anzuhören sind.

zu 8) Grundsätzlich ja.

zu 9) Bin gern bereit im Austausch und im regelmäßigen Kontakt mit der Vereinigung die Probleme der Freiberufler ernsthaft anzuhören und Lösungsvorschläge aufzugreifen.

Für persönliche Rückfragen zu den einzelnen Punkten stehe ich natürlich gern zur Verfügung.

Mit besten Grüßen  
RA Dr. Waltraud Deeg